

Türkei, Malta, Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Die Diskussion um die Erweiterung der EG richtet sich gegenwärtig auf die EFTA-Mitglieder und auf einige Reformstaaten Osteuropas. Fast scheint es, als wolle sich niemand mehr der Tatsache erinnern, daß drei Mittelmeerländer seit längerer Zeit an die Tür der Gemeinschaft klopfen und die Mitgliedschaft begehren. Ehemals kommunistische Staaten scheinen bessere Beitrittsperspektiven als die "Kandidaten im Wartestand", die Türkei, Zypern und Malta, zu haben.

Vor dem "Jahrhundert der Türken"

Die Türkei zeigt neues Selbstbewußtsein, immer häufiger wird das kommende Jahrhundert als das türkische apostrophiert. Daran haben weder die zurückhaltende Haltung der EG in der Frage der türkischen Mitgliedschaft noch der Umstand etwas geändert, daß die Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts an nahezu allen ihren Grenzen mit Konflikten konfrontiert ist. Die Türkei betreibt eine aktive Außenpolitik, auf dem Balkan ebenso wie in Mittelasien¹. Staatspräsident Özal reiste im Februar 1993 nach Bulgarien, Albanien, Kroatien und Makedonien. Der Regierung in Skopje wurde der Bau einer Autobahn und eines Fiberglasnetzes, aber auch die Lieferung von Waffen zugesagt. Mit Albanien besteht bereits ein Militärabkommen. Albanien wurde von Ankara ein Soforkredit in Höhe von 50 Mio. US-\$ zugesichert². Mit Bulgarien hat die Türkei einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft, Zusammenarbeit und Sicherheit geschlossen, die Außenminister vereinbarten die Vereinfachung von Visumsbestimmungen und die Erleichterung des diplomatischen Verkehrs.

Bezüglich des Krieges im ehemaligen Jugoslawien lehnte sich die türkische Politik zunächst durchaus an die der USA an, man bestand auf der Erhaltung Jugoslawiens. Der Umschwung kam im Februar, als der Krieg nach Bosnien-Herzegowina überschwappte. Je mehr türkische Medien und die Öffentlichkeit von der Ausrottung der Muslime sprachen, desto größer wurde der Handlungsbedarf. Alleingänge lehnte die türkische Führung indes ab. Typisch dafür war das Verhalten der Türkei auf der Sondersitzung der Islamischen (Außenminister-)Konferenz am 17. und 18. Juni 1992 in Istanbul: Eine islamische militärische Intervention zum Schutz der Muslime auf dem Balkan wurde verworfen, statt dessen wurde die enge Kooperation mit dem Westen im Rahmen von UN, KSZE und NATO gefordert³. Auf der Balkankonferenz am 25. November 1992 konnte die türkische Regierung Vertretungen aus zehn Ländern in Istanbul begrüßen. Serbien war nicht eingeladen, Griechenland lehnte eine Teilnahme ab.

Zentralasien stellt seit dem Zerfall der Sowjetunion ein neues Zentrum außenpolitischer Aktivitäten der Türkei dar⁴. Außenminister Hikmet Cetin reiste im Februar und März nach Baku, Akschabad, Duschanbe, Alma Ata, Bischkek und Taschkent. Ministerpräsident Süleyman Demirel stattete Usbekistan, Kyrgystan, Kasachstan, Turkmenien und Aserbajdschan im April einen offiziellen Besuch ab. Es ist die Rede davon, daß eine Pipeline von den aserbajdschanischen Ölfeldern am Kaspischen Meer zum türkischen Mittelmeerhafen Iskenderun gebaut werden soll⁵. Die Türkei empfindet sich nicht nur als Sachwalter türkischer Interessen in der Region, sondern möchte auch ihren Stellenwert für den Westen erhöhen, nicht zuletzt im Hinblick auf die unverändert angestrebte EG-Mitgliedschaft.

Schwarzmeer-Kooperation und EG: für Ankara keine Alternative

Das Projekt einer Schwarzmeer-Kooperationszone ist denn auch nicht als Alternative sondern als Ergänzung der türkischen EG-Option zu sehen. Im Februar hatte eine Außenministerkonferenz das Gründungsdokument verabschiedet⁶: Rußland, Bulgarien, Rumänien, Georgien, Armenien, Aserbajdschan, Ukraine, Moldova und die gastgebende Türkei paraphierten eine "Erklärung zur Wirtschaftskooperation im Schwarzmeerraum"⁷. Es folgte das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, nunmehr waren auch Albanien und Griechenland vertreten, womit sich die Zahl der Kooperationspartner auf elf erhöhte. Mit Griechenland ist auch der Kontakt zur Europäischen Gemeinschaft gesichert. Die Kooperationszone strebt politische und wirtschaftliche Ziele an: Die politische Stabilität soll u. a. durch einen ständigen Konsultationsmechanismus gefördert werden. Die Außenminister treffen sich einmal jährlich, Experten je nach Bedarf. Im Bereich der Wirtschaft ist die Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, die freie Mobilität von Kapital und Arbeit, die Zusammenarbeit (Verkehr, Energie, Umwelt u. a.) sowie die Errichtung einer Außenhandels- und Investitionsbank vorgesehen, die mit japanischer Hilfe geschaffen werden soll.

Die Kooperation ist mit Problemen konfrontiert: In den ehemals sozialistischen Ländern müssen privat- und marktwirtschaftliche Strukturen erst noch verankert werden, was etliche Jahre beanspruchen wird. Politisch-militärische Konflikte kommen hinzu. Wenn es allerdings gelingt, eine großräumige Zone wirtschaftlicher Kooperation zu etablieren, erhöht das auch die Stabilität in einer wichtigen Randzone Europas. Eine eventuelle türkische Dominanz wird durch die Beteiligung von Rußland verhindert. Es ergeben sich Chancen für die Türkei, aber auch für Griechenland, noch nicht weltmarktfähigen Produkten zumindest in einer Übergangsphase neue Märkte in den ehemals kommunistischen Ländern zu erschließen. Im Istanbuler Gründungsdokument heißt es, daß "die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation eine Bemühung darstellt, den Prozeß der europäischen Integration zu erleichtern"⁸.

Die Debatte um einen türkischen EG-Beitritt hatte beinahe schlagartig aufgehört, nachdem der EG-Außenministerrat im Februar 1990 die Stellungnahme der Kommission akzeptiert hatte. Danach kann die Türkei die Beitritts- und An-

passungsprobleme wegen des Entwicklungsrückstands selbst auf mittlere Frist nicht lösen. Statt Beitrittsverhandlungen sollte die Assoziation gestärkt und der politische Dialog gepflegt werden⁹. Das letzte Treffen des Assoziationsrates EG-Türkei vom November war symptomatisch für den gegenwärtigen Stand der Beziehungen: Über die Frage eines türkischen Beitritts wurde überhaupt nicht gesprochen. Es kristallisiert sich auf der Seite der EG-Staaten die Vorstellung einer Sonderbeziehung heraus, bei der die Türkei wegen ihrer wiedergewonnenen strategischen Position eine prominente Rolle übernimmt, aber der Europäischen Gemeinschaft nicht beitreten soll¹⁰. Die Türkei dagegen ist unverändert an einer Mitgliedschaft interessiert¹¹. Es bleibt abzuwarten, ob der Status der Türkei als "ewiger Beitrittskandidat" bei den traditionell westlich orientierten Intellektuellen zu einer Abkehr von Europa führt.

Um die Beziehungen zur Türkei zu intensivieren, legte die Kommission im Juni 1990 das Matutes-Paket vor, das die Türkei finanziell begünstigen sollte. Aber sowohl dieser Vorschlag wie auch ein rascher Abschluß des Vierten Finanzprotokolls für die Türkei scheiterten am Veto Griechenlands. Lediglich auf "technischer Ebene" gelang es der EG, die Türkei in die sogenannten horizontalen Aktivitäten der Mittelmeerpoltik einzubeziehen. Die Türkei erhält 400 Mio. US-\$ auf fünf Jahre für Projekte des Umweltschutzes, der Stadtentwicklung und der wissenschaftlichen Kooperation¹². Die türkische Regierung hält – ungeachtet der innenpolitischen Opposition – an der Herstellung der Zollunion mit der Europäischen Gemeinschaft bis 1996 fest¹³. Der Widerstand Griechenlands verhinderte eine Gemeinsame Politische Erklärung des Assoziationsrates vom 9. November 1992, mit der der politische Dialog aufgewertet und auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden sollte. Griechenland stellte sich wegen des Scheiterns der UN-Gespräche in New York über Zypern quer.

Daß die Türkei im November lediglich den Status eines assoziierten Mitglieds in der Westeuropäischen Union (WEU) erhalten hat, ist in Ankara heftig kritisiert worden. Dies sei mit dem Prinzip der "unteilbaren Sicherheit" nicht vereinbar. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die WEU-Staaten darauf aus waren, die Türkei nicht zu verprellen: Mit der Petersberger Erklärung vom 19. Juni 1992 wurde ausgeschlossen, daß Griechenland Beistandsgarantien der WEU gegen die Türkei in Anspruch nehmen kann.

Das Kurdenproblem sorgt für permanente Spannungen zwischen der Türkei und Westeuropa: In der Türkei macht man Sympathien in Westeuropa für kurdische Organisationen und gar die PKK aus und glaubt, daß türkische Einrichtungen unzulänglich gegen Übergriffe von kurdischen Organisationen geschützt werden. In Westeuropa verhallt die Kritik an der Türkei nicht, solange diese gegen den kurdischen Separatismus und Terrorismus fast ausschließlich auf militärische Mittel setzt. Nach dem vertragswidrigen Einsatz von Material aus der deutschen Waffenhilfe gegen kurdische Separatisten stoppte Deutschland die Waffenlieferungen an die Türkei Ende März¹⁴. Die übrigen EG-Partner waren aber keineswegs bereit, sich der deutschen Haltung anzuschließen. Man konnte sich lediglich darauf verständigen, der Türkei bilateral mit national unterschiedli-

cher Interpretation Demarchen zu übermitteln, in denen zwar an die Verhältnismäßigkeit der Mittel erinnert, aber auch Verständnis für eine Verteidigung gegen terroristische Übergriffe gezeigt wurde¹⁵.

Zypern: UN-Vermittlung vorerst gescheitert

Im Sommer 1990 hatte die Regierung Zyperns der Europäischen Gemeinschaft einen Beitrittsantrag übermittelt. Bis heute steht die Stellungnahme der Kommission aus. Allerdings haben die Arbeiten dazu unter Einschaltung verschiedener Abteilungen der Kommission im März begonnen. Vasiliou hat wiederholt darauf gedrungen, daß bei der Behandlung des zyprischen Beitrittsantrages die komplizierten politischen Fragen separat begutachtet werden sollten¹⁶. Für die Gemeinschaft besteht aber, wie es der Europäische Rat in Lissabon noch einmal bekräftigt hat, ein unumgänglicher Zusammenhang zwischen der Frage des Beitritts und der de facto-Teilung der Insel in zwei Gebiete. Zwischen diesen gibt es ja nicht einmal den für die Gemeinschaft konstitutiven freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Freizügigkeit. Dabei wäre die wirtschaftliche Integration unproblematisch. Schließlich kann der griechische Teil der Insel seit 1974 auf einen ökonomischen Aufstieg zurückblicken, der nicht selten als "Wirtschaftswunder" qualifiziert wird. Das Wirtschaftswachstum beläuft sich seit 1978 auf jährlich 6,5 bis 7%, die Arbeitslosigkeit lag in dieser Zeit nicht über 2%, die Inflation betrug in den letzten zehn Jahren 4% (wegen der Anpassung an die Mehrwertsteuer erreicht sie gegenwärtig 6%), der Export hat sich ausgedehnt, neue Industriebetriebe wurden gegründet und Absatzmärkte im Nahen Osten erobert. Das Pro-Kopf-Einkommen im Süden beträgt heute rund 11.000 US-\$, im Norden der Insel muß man sich allerdings auf 3.500 US-\$ bescheiden. Ironischerweise haben sich die Flüchtlinge aus dem Norden der Insel als besonders dynamischer Wirtschaftsfaktor im Süden erwiesen.

Bezüglich der politischen Fragen ist die EG in einer heiklen Situation: Zurückweisen kann sie den zyprischen Antrag – etwa wegen fehlender Fortschritte bei der Lösung der Volksgruppen-Probleme – nicht. Athen würde das nicht zulassen. Eine uneingeschränkt positive Antwort gegenüber Nicosia würde andererseits die Beziehungen zur Türkei nachhaltig belasten. Die militärische Besetzung Nordzyperns kann ebensowenig als Argument gegen einen Beitritt herhalten. Damit würden die Opfer zusätzlich bestraft. Daraus kann aber kaum geschlußfolgert werden, daß Zypern im jetzigen Zustand aufzunehmen sei¹⁷. Die politische Spaltung verhindert, daß die Insel den Pflichten der EG-Mitgliedschaft (Herstellung der vier Freiheiten) nachkommen kann. Seit dem 19. Juni 1992 ist das Zypernpfund an die Europäische Rechnungseinheit ECU gebunden¹⁸, womit einerseits das Festhalten an einem stabilitätspolitischen Kurs und andererseits die enge Anlehnung an die Europäische Gemeinschaft dokumentiert werden. Zypern paßt auch seine Wettbewerbsgesetzgebung an die der Gemeinschaft an.

Im November wurden die unter Vermittlung von UN-Generalsekretär Boutros-Ghali stattfindenden Zypern-Gespräche in New York ergebnislos abgebrochen.

Sie sollten im März 1993 wiederaufgenommen werden. Der neu gewählte zypriotische Präsident Klerides hat indessen zwischenzeitlich um eine Verschiebung gebeten. Streitpunkte waren in der Verfassungsfrage das von der türkisch-zypriotischen Seite geforderte Prinzip der rotierenden Präsidentschaft und der gleichen Anzahl von Ministern, was von den griechischen Zyprioten nicht akzeptiert wurde. Das Niederlassungsrecht wollte die türkisch-zypriotische Seite in einer für den Süden unangemessen langen Frist verwirklichen. Territoriale Zugeständnisse entsprechend der vom UN-Generalsekretär vorgelegten Landkarte wollten die türkischen Zyprioten (nach der Formel von "29 Prozent plus") erst nach einem Entgegenkommen der griechisch-zypriotischen Seite in der Verfassungsfrage eingehen. Während die griechische Seite zwei getrennte Referenden für den Beitritt zur EG vorschlug, beharrte die türkische Seite auf einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Norden vor einem eventuellen EG-Beitritt. Von der internationalen Staatengemeinschaft und vom UN-Sicherheitsrat wurde vornehmlich der Führer der türkischen Zyprioten Denktas für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich gemacht¹⁹. Das zum 15. Dezember 1992 abgelaufene UN-Mandat der Blauhelme auf Zypern wurde bis Mitte Juni 1993 verlängert²⁰.

Aus den Stichwahlen vom 28. Februar 1993 ging Glafkos Kleridis mit 50,3% als Sieger hervor, den ersten Wahlgang hatte Amtsinhaber Vasiliou noch mit 44,2% für sich entscheiden können. Bei der Stichwahl konnte Klerides vor allem die Anhänger des nationalistisch eingestellten Paschalis Paschalidis und seiner Front der kämpferischen Kräfte gewinnen. Ob dies die Politik des neuen Präsidenten maßgeblich bestimmen wird, bleibt abzuwarten.

Malta: ein weiterer EG-Kandidat

Der 1990 gestellte Beitrittsantrag Maltas ist von der EG bislang nicht beschieden worden, die Stellungnahme der Kommission steht aus. In Lissabon haben die Staats- und Regierungschefs im Juni 1992 festgestellt, daß so wie bei Zypern auch bei Malta die Übernahme des Besitzstandes der Gemeinschaft keine unüberwindlichen Probleme bereiten würde²¹. Ausgerechnet die EG-feindliche Labour-Opposition nahm diese Stellungnahme des Europäischen Rates zum Anlaß, gegen die Regierung einen Mißtrauensantrag einzubringen, der allerdings erfolglos blieb²². Bei den Wahlen vom 22. Februar konnte sich die Nationalistische Partei von Regierungschef Eddie Fenech Adami mit 51,8% gegen die Labour Party (46,5%) durchsetzen. Die Nationalisten verfolgen einen marktwirtschaftlichen Kurs, setzen auf die EG-Mitgliedschaft und wollen Malta von dem Ruf außenpolitischer Unzuverlässigkeit befreien, den das Land sich vor allem durch die Eigensinnigkeit der ehemaligen sozialistischen Regierung unter Dom Minthoff eingehandelt hatte²³. Bis 1987 – dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme der Nationalisten – hatte Malta einen außenpolitischen Schlingerkurs zwischen Europa und dem arabischen Nationalismus mit zeitweilig enger Anlehnung an Ghaddafis Libyen gefahren und hatte in der KSZE im letzten Moment zwischen Ost und West mühsam ausgehandelte Kompromisse torpediert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kramer, Heinz: Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten – eine aufstrebende Regionalmacht?, in: Südosteuropa Mitteilungen 32 (1992) 2, S. 129–140.
- 2 Vgl. Die Welt v. 12. 6. 1992, S. 7.
- 3 Vgl. RFE/RL, Post Soviet/East European Report 9 (10. 7. 1992) 29, S. 4f.
- 4 Zur Situation in den türkischen Republiken der ehemaligen UdSSR vgl. Gumpel, Werner: Die wirtschaftliche und soziale Lage in den Turkrepubliken Mittelasiens, in: Zeitschrift für Türkeistudien 5 (1992) 1, S. 33–48.
- 5 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9. 3. 1993, S. 8.
- 6 Vgl. Gumpel, Werner: Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation. Strukturen einer neuen Staatengemeinschaft, in: Europäische Rundschau 21 (1993) 1, S. 125–132.
- 7 Vgl. Text in Briefing v. 10. 2. 1992, S. 14f.
- 8 Vgl. Communiqué des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschef der Schwarzmeer-Anrainerstaaten, unterzeichnet in Istanbul am 25. Juni 1992, in: Europa-Archiv 47 (1992) 21, S. D 616–D 618.
- 9 Zum politischen Dialog vgl. Wessels, Wolfgang/von Leipzig, Wolf (Hrsg.): European Political Cooperation and Turkey, Bonn 1993.
- 10 Vgl. Rühl, Lothar: Die Türkei zwischen Europa und dem Orient, in: Europa-Archiv 47 (1992) 11, S. 295–302.
- 11 Vgl. die entsprechenden Äußerungen von Botschafter Taner Baytok, dem Direktor der EG-Abteilung im türkischen Außenministerium, in: Turkish Daily News v. 13. 5. 1992, S. 3.
- 12 Vgl. Agence Europe v. 27. 6. 1992, S. 7.
- 13 Vgl. Briefing v. 23. 11. 1992, S. 14f.
- 14 Im Juli wurde die Wiederaufnahme deutscher Waffenlieferungen angekündigt.
- 15 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 4. 4. 1992, S. 1.
- 16 Vgl. Agence Europe v. 2. 10. 1992, S. 10.
- 17 So Stelzer, Peter, in: SZ v. 28. 2. 1992, S. 41.
- 18 Vgl. Volkswirtschaftsdienst-Europa v. 22. 6. 1992, S. 3.
- 19 Vgl. Turkish Daily News v. 11. 11. 1992; Neue Zürcher Zeitung v. 28. 11. 1992, S. 2.
- 20 Kanada und Dänemark haben angekündigt, ihre Truppen von Zypern zurückzuziehen, Großbritannien hat die Zahl seiner Soldaten bereits reduziert, Österreich plant entsprechendes.
- 21 Die institutionellen Folgen – Aufblähung von Ministerrat und Kommission – müßten freilich bedacht werden.
- 22 Vgl. Financial Times v. 8. 7. 1992, S. 4.
- 23 Vgl. zur Regierungspolitik Le Monde v. 26. 2. 1992, S. 13.

Weiterführende Literatur

- Axt, Heinz-Jürgen: Der "Islamische Bogen" vom Balkan bis nach Zentralasien: Die Türkei als neue Regionalmacht?, in: Südosteuropa 41 (1992) 9, S. 546–557.
- Choi, Jeanette: Wurzeln und Strukturen des Zypernkonflikts 1878 bis 1990. Ideologischer Nationalismus und Machtbehauptung im Kalkül konkurrierender Eliten, Wiesbaden 1993.
- Dodd, Clement H. (Hrsg.): Turkish foreign policy, Huntington 1992.
- Gökyigit, Nihat, Success of the Black Sea Economic Cooperation Zone and the role of Turkey, in: Turkish Review 6 (Summer 1992) 28, S. 7–10.
- Hic, Mükerrerem: Market economy and democracy. Turkey as a case study for developing countries and Eastern Europe, in: Orient 33 (Juni 1992) 2, S. 205–226.
- Kramer, Heinz: Die sicherheitspolitische Rolle der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Ein Anker Out-of-area?, in: Heydrich, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Sicherheitspolitik Deutschlands, Baden-Baden 1992, S. 415–438.
- Lamers, Bernhard: Malta vor dem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft, in: KAS-Auslandsinformationen (Sankt Augustin) 8 (März 1992) 3, S. 25–29.